

Leserbrief: Allgemeine Wehrpflicht ist geschlechterdiskriminierend

| Thema | Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht |
|----------------|---|
| Für Rückfragen | Joel Drittenbass, Präsident Grünliberale Andwil, Tel. +41 79 332 25 91, joel.drittenbass@gmail.com ; |
| Absender | Grünliberale Partei Andwil, 9204 Andwil Tel +41 71 385 84 40 E-Mail: andwil@grunliberale.ch , Internetseite: www.andwil.grunliberale.ch |
| Datum | 07. September 2013 |

Allgemeine Wehrpflicht ist geschlechterdiskriminierend

Am 22. September stimmen Volk und Stände über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ab. Der gegenwärtige Abstimmungskampf wird insbesondere durch ideologisch-dogmatische Argumente geprägt. Dabei wird jedoch die Diskussion über die Ungleichbehandlung der Geschlechter vernachlässigt. Die Beschränkung der allgemeinen Wehrpflicht auf Männer wirkt sich in zweierlei Hinsicht diskriminierend aus. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung können lediglich biologische oder faktische Unterschiede zwischen den Geschlechtern eine rechtliche Ungleichbehandlung rechtfertigen. Dass Frauen beispielsweise aufgrund „physiologischer Unterschiede“ weniger geeignet für den Militärdienst sind als der Durchschnitt der Männer, reicht als Begründung für eine Ungleichbehandlung nicht aus. Denn die Schweizer Armee bietet genügend Tätigkeiten an, die geschlechterunabhängig erfüllt werden können. Demnach ist es fraglich, ob überhaupt rechtlich relevante Gründe für eine Ungleichbehandlung vorliegen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht besonders delikant ist jedoch die Schaffung einer Sondernorm wie der Wehrpflicht, die den Kerngehalt von Grundrechten, wozu das Diskriminierungsverbot zweifellos gehört, durchbricht. Des Weiteren basiert die Begrenzung der allgemeinen Wehrpflicht auf dem klassischen Rollenbild des starken Mannes und der Frau, welche sich um die Kinder sowie um den Haushalt zu kümmern hat. Vor diesem Hintergrund ist die Begrenzung der Wehrpflicht auf Männer nicht nur eine „Männer-Diskriminierung“, sondern zugleich begünstigt sie die Frauendiskriminierung. Ich sage am 22. September "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht", weil für mich diese rechtliche Ungleichbehandlung unstatthaft ist. Ein aus rechtlicher und gleichstellungspolitischer Sicht vielversprechender Reformansatz wäre beispielsweise die Schaffung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer.